

18/XII. 1915.

Ernährungsfragen in der Schweiz.

Wb. Bern, 17. Dezember. (Drahtbericht.) Im Nationalrat stellte Billeter, Zürich (freisinnig), namens der Gruppe freisinniger Nationalräte die Anfrage, welche Maßnahmen der Bundesrat getroffen habe, um die Versorgung des Landes mit Milch und Milchprodukten zu angemessenen Preisen zu sichern und nach welchen Grundsätzen die Regierung Ausfuhrbewilligungen für Milchprodukte und Vieh erteile. Der Fragesteller drückte seine Überzeugung aus, daß der Bundesrat zweifellos bemüht sei, die Versorgung des Landes mit den wichtigsten Lebensmitteln zu sichern, und daß er nach Möglichkeit die Preisgestaltung zugunsten der Verbraucher beeinflusse. Trotzdem kämen aus weiten Kreisen der Verbraucher Klagen über die Verteuerung der Lebensmittel, die nicht überhört werden könnten. Der Bundesrat müsse aber die Gelegenheit erhalten, sich über den Stand der ganzen Angelegenheit zu äußern, wobei es der Regierung jedenfalls gelingen werde, eine Beruhigung zu schaffen durch den Nachweis, daß der Stand der Dinge nicht schlimmer sei, als es nach der Zeitlage überhaupt möglich ist.

Die sozialdemokratischen Sprecher Grimm und Raine kritisierten die Ausfuhrpolitik des Bundesrats und verlangten eine weitere Einschränkung der Ausfuhr, wobei sie der Landwirtschaft künstliche Preissteigerungen vorwarfen. Von den bürgerlichen Vertretern wurde allseitig das Einverständnis mit den Maßnahmen des Bundesrates erklärt, ebenso von den Vertretern der Städte und der Bauernschaft.

Schultess, Chef des Volkswirtschaftsdepartements, beantwortete die Anfrage in längeren Ausführungen und stellte fest, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen die Milchversorgung des Landes tatsächlich zu Preisen sichergestellt habe, die nicht einmal die Milchpreise von 1912 erreichten, trotz des Rückganges der Milchherzeugung infolge mangelnder Zufuhr an Futtermitteln. Bei der Ausfuhr seien die nötigen Beschränkungen durchgeführt, indessen sei eine gewisse Ausfuhr sowohl für die Aufrechterhaltung des schweizerischen Geldkursums als auch für die Wirkung der Einfuhr anderer Waren aus dem Auslande von höchster Bedeutung. Alle Maßnahmen wurden im Einverständnis mit Vertretern der Erzeuger und Verbraucher, worunter auch Sozialdemokraten, getroffen. Die nicht von agitatorischen Zwecken beeinflusste Beurteilung der ganzen Sachlage müsse zur Billigung des Verhaltens des Bundesrates führen. Es sei zu bedauern, daß einzelne Kreise die infolge der kontinentalen Lage der Schweiz und der eingetretenen Zufuhrschwierigkeiten gestiegenen Lebensmittelpreise zu politischer Agitation mißbrauchen, während in den gegenwärtigen Zeiten auch in einem neutralen Staate vollständige moralische Einigkeit not tue und vaterländische Pflicht sei. (Starker Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.) Der Fragesteller erklärte sich von den Erklärungen des Bundesrates vollständig befriedigt.